



„Kollektive ... Selbstverteidigung“ – Option für Europa und die Ukraine

Dr. Klaus Olshausen

Februar 2025

Zusammenfassung

Nachdem die Ukrainer schon seit drei Jahren allein den „Blut-Zoll“ für ein freies Europa bezahlen, haben Präsident Trump und seine Administration jetzt mit der Attitüde „schnell das Töten zu beenden“ überstürzt begonnen, mit massiven Zugeständnissen an Putins Russland den Krieg mit einem Waffenstillstand oder faulen Frieden zu beenden. Trump exkulpiert Putin und ist bereit, das zweitgrößte Land Europas dem imperialen Aggressor auszuliefern und dies mit der „Größe Amerikas“ zu drapieren. Sollte es zu einem Waffenstillstand beim jetzigen Frontverlauf kommen, braucht die Ukraine Sicherheitsgarantien für den Fall erneuter russischer Aggression. Bisherige Sicherheitsvereinbarungen werden nicht reichen. Eine möglichst breite Koalition der willigen EU- und Partner-Staaten muss sich verpflichten, die ukrainischen Streitkräfte umfassend auszustatten und jeden neuen Angriff Russlands gegen die (noch) souveräne Ukraine mit der geballten „kollektiven und individuellen Selbstverteidigung“ gem. Artikel 51 der VN-Charter abzuwehren. Nur so kann (ohne den weiter sinnvollen NATO-Beitritt) Russland glaubwürdig und wirksam abgeschreckt werden. Und jeder neue Angriff muss an dieser gemeinsamen Selbstverteidigung zerschellen. Kommt diese Garantie nicht zustande, werden die Europäer als die „Schwachen aufwachen, die akzeptieren, was sie akzeptieren müssen“.

ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Am 24. Februar 2025 jährt sich der Beginn des russischen Angriffskrieges zum dritten Mal. Und seit drei Jahren trägt die ukrainische Bevölkerung den „Blut-Zoll“ für ein freies Europa (allein). Schon Anfang März 2022 ließ sich erkennen, dass die Regierungen den Frieden (für die eigenen Nationen) erhalten wollen, während die Ukraine und ihre Menschen mit einem immer brutaleren Krieg überzogen werden. Das bekam einen wahrlich zynischen Klang mit der oft wiederholten Aussage, dass die Ukrainer auch „unsere Freiheit verteidigen“.

Und nach drei Jahren unzureichender Unterstützung der Ukraine, um den Aggressor zu stoppen und zurückzuweisen, hat Amerika, das bisher nominal die höchste quantitative und qualitative Unterstützung leistet, einen Präsidenten, der amerikanische Leistungen nicht nur zurückfahren will, sondern fordert, dass die bisherigen 500 Mrd. Dollar von der Ukraine z.B. über Bergbaurechte zurückgegeben werden sollen.

Und unter der Attitüde, „schnell das Töten zu beenden“, hat er Putin schon vorab zwei entscheidende Zugeständnisse gemacht. Russland wird nicht gezwungen, besetzte Gebiete zurückzugeben. Und geopolitisch und für die Sicherheit der künftigen Ukraine besonders verheerend, stellt er eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine nicht in Aussicht.

Dass Trump in der letzten Woche viele Teile der russischen Erzählung aufgenommen und eine Story in die Welt gesetzt hat, um seiner Bevölkerung ein schiefes Bild für die Aufgabe der Solidarität mit der Ukraine zu zeichnen, dient dem politischen Zweck, diesen Krieg, den er nicht will, zu beenden. Insofern wird er seine Propaganda und Verleumdung Selenskyjs fortsetzen.

Die Trump Administration ist mit den Ankündigungen und Maßnahmen im russischen Ukraine-Krieg erkennbar auf dem Weg, vom Unterstützer über einen eher einseitigen Vermittler zu einem Deal Maker zu werden. Es ist nicht nur der Start für einen Neuanfang der gesamten amerikanisch-russischen Beziehungen – von Autokrat zu Autokrat, sondern es ist eine völlige Umkehr amerikanischer Außenpolitik in ihrer Unterstützung von Souveränität, Wohlstand und Frieden in Freiheit. So muss man nicht nur die Gespräche von Rubio und Lawrow in Riad einordnen, sondern noch viel deutlicher Trumps Ausbruch, in dem er Selenskyj und die Ukraine zum Angreifer erklärt und so Putin exkulpiert. Um eines unbedingt gewollten (faulen, prekären) Friedens willen ist Trump bereit, das zweitgrößte Land Europas einem imperialen Aggressor auszuliefern und das mit der „Größe Amerikas zu drapieren“. Der Kolumnist Fareed Zakaria sieht in diesem Vorgehen die Gefahr der „größten amerikanischen Kapitulation seit Vietnam“.

Was können die Ukraine und die Staaten Europas in dieser Lage tun, um das Verkünden eines fatalen Ergebnisses von Trump und Putin – möglicherweise schon beim Treffen der beiden Präsidenten in Saudi-Arabien – erstmal aufzuschieben und dann mit allen diplomatischen und politischen Mitteln abzuwenden. In diesem Zusammenhang noch einmal eine Anmerkung zum Wort von Jalta 2.0. Während sich 1944 Alliierte über die Zukunft des besiegten Aggressors und die Nachkriegsordnung einigten, sprechen heute die westliche Führungsmacht und der brutale Aggressor allein darüber, was letzterer als „Beute“ behalten kann – unsäglich, aber wahr.

Zwei europäische Aktivitäten sind kurzfristig notwendig. Einmal die USA zu überzeugen, für die Dauer von Gesprächen und ggf. Verhandlungen zumindest das Unterstützungsprogramm des Kongresses vom letzten Jahr weiter auszuführen und dann die in Brüssel vorgeschlagenen zusätzlichen Milliarden von über 7 Mrd. Euro der Eile wegen mit freiwilligen Leistungen von MS-Staaten schnell in militärische und finanzielle Maßnahmen zur Unterstützung vor Ort umzusetzen, um die Lage an der Front und bei der Luftabwehr zu stabilisieren.



So kann es möglich werden, Verhandlungen über unterschiedliche Themen wie Gefangenenaustausch, Verzicht auf Seekrieg im und vom Schwarzen Meer, keine Angriffe auf zivile Ziele im jeweiligen Hinterland und weitere Punkte aufzunehmen, um einem schwierigen Waffenstillstand entlang der langen Front näher zu kommen. Schon jeder Versuch in diese Richtung verlangt allerdings ein unbedingt geeintes EU- und NATO-Europa.

Die schwierigen Verhandlungen über einen Waffenstillstand erfordern, dass Europa – unabhängig, ob es am Verhandlungstisch sitzt oder nicht – jedem Vorschlag widersteht, der die Souveränität der Ukraine infrage stellt oder die besetzten Gebiete schon vor Friedensverhandlungen völkerrechtlich zu russischem Gebiet erklären will.

Jeder Waffenstillstand setzt die Zustimmung Russlands voraus, das derzeit die schwächsten Motive hat, sich darauf einzulassen. Putin wird wie 2014 und ab 2015 zur Überwachung nur einer eher beobachtenden Mission zur Überwachung des Waffenstillstandes zustimmen. Viel wird für die Zustimmung der Ukraine davon abhängen, ob und welches „robuste VN-Mandat“ Putin abzurufen ist. Bei einer solchen eher diffusen Zuordnung von Verantwortung und davon abhängigem Eingreifen bei Verletzungen des Waffenstillstandes wird es notwendig, die seit dem G7-Treffen 2023 gestarteten Sicherheitsvereinbarungen zu überprüfen.

Denn nach über drei Jahren brutalem Angriffskrieg auf die gesamte Ukraine wird jede ukrainische Führung als Grundvoraussetzung für jeden Waffenstillstand erwarten und fordern, dass die „westlichen Unterstützer“ eine überzeugende Garantie für die Sicherheit der Ukraine entwickeln, gemeinsam vertreten und durchsetzen.

Deshalb wirkt es unsäglich, dass die USA als stärkste Macht der NATO die Entscheidungen und Festlegungen der letzten NATO-Gipfeltreffen zur „Unumkehrbarkeit einer NATO-Mitgliedschaft der Ukraine“ einfach aufgekündigt haben. Denn ein Waffenstillstand, der Russland alle Zeit gibt, verstärkt aufzurüsten, personell und materiell, und der die Ukraine bei Verletzungen oder Aufkündigung des Waffenstillstandes durch Russland dann erneut mit der begrenzten und langsamen westlichen Unterstützung wie bisher oder gar weniger zurücklässt, ist für jede ukrainische Regierung nicht akzeptabel.

Wenn die NATO-Staaten seit dem NATO-Gipfel in Bukarest 2008 immer noch keine Einigkeit erreichen, die Ukraine in dieser für Europa kritischen Lage als Mitglied aufzunehmen, zeigt es erneut, dass Putins politische Zwecke in Europa falsch beurteilt werden. Offensichtlich wirkt bei einigen NATO-Staaten, auch Deutschland, die Selbstabschreckung auch dann noch, wenn Putin – nun mit verbaler Lautverstärkung von Trump – klar macht, dass jeder für Russland denkbare Waffenstillstand mit der Vasallenschaft der Ukraine verbunden ist und der Ukraine weitere militärische Abwehrfähigkeiten verweigert werden sollen.

Wenn die NATO-Staaten trotzdem keine Einigkeit für eine NATO-Mitgliedschaft finden werden, wird es darauf ankommen, **eine Koalition der Willigen zu bilden, die sich gemeinsam mit der Ukraine um den Artikel 51 der VN-Charta versammeln** und im Falle eines erneuten Angriffs Russlands diese kollektive Selbstverteidigung gegen den Aggressor mit allen geeigneten Mitteln zur Wirkung bringen und **den Aggressor zurückweisen**.

Bleiben beide Optionen unerfüllt, existiert keine glaubwürdige Abschreckung gegen das imperial handelnde Russland Putins in seiner Entschlossenheit, Länder (zurück)zu erobern und seinen Einfluss bis an die Atlantikküste auszuweiten. Eine Bestätigung der Worte von Thukydides: „Die Starken machen, was sie machen wollen, die Schwachen akzeptieren, was sie akzeptieren müssen“ darf und muss Europa (endlich) durch entschlossenes, gemeinsames Handeln noch verhindern.



Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

Über den Autor dieses Beitrags

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Dr. Olshausen gehört auch dem ISPSW Rednermanagement Team an. Weitere Informationen finden Sie auf der ISPSW Website unter <http://www.ispsw.com/autoren-und-rednermanagement/>



Klaus Olshausen